

recht erinnert zu werden. Alle diese Fälle haben das gemeinsam, daß die Schmerzhaftigkeit des Krankheits- und Heilungsprozesses durch die Dauer der falschen Behandlung schließlich unverhältnismäßig größer geworden ist, als der eigentlichen Gefährlichkeit des Falles entspräche. So ist der Ertrag, den die bisherige Erbschaftsteuer bringt, aber auch der, den eine ausgebautere Erbschaftsteuer bringen könnte, winzig gegenüber der Unsumme von Aufreißung, zu der das Verhalten ihrer Gegner, namentlich im Jahre 1909 bei der sogenannten großen Finanzreform, geführt hat. Ähnlich ist die psychologische Bedeutung der Wahlrechtsfrage allmählich ungeheuer groß geworden, weit größer als die technische Bedeutung der Reform ist. So steht es nun also auch mit dem § 153. Die Regierung hat jetzt selber zugegeben, daß man ganz gut ohne ihn auskommen könne, und erinnert doch zu gleicher Zeit selber daran, wie oft sie sich bemüht habe, eine Verschärfung seiner Bestimmungen durchzusetzen. Erreicht hat sie damit nichts, als eine je länger je mehr zunehmende Verschärfung des gegen den Paragraphen geführten Kampfes.

Etwas anders steht es mit dem Arbeitshammergesetz. Hierdurch soll die Arbeiterschaft endlich eine ähnliche Vertretung bekommen, wie die Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk in den verschiedenen Kammern ihrer Wirtschaftsgebiete seit langem besitzen. Noch vor kurzem, nämlich gelegentlich des preußischen Entwurfs zur Herrenhausreform, mußte von einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiter im preußischen Herrenhaus abgesehen werden, weil die Arbeiterschaft keine Wahlkörper entsprechend denen der Handels-, Landwirtschaftskammern usw. aufzuweisen hatte. — wieder ein Beispiel dafür, wie Rücksichtlosigkeit auf einem Gebiet im Laufe der Zeit leicht immer wachsende Unzufriedenheit erregt, da eben immer neue Gelegenheiten eintreten, bei denen der Mangel neue Zurücksetzungen bedingt.

Nun sollen freilich die Arbeiter keine Arbeiterkammern, wie die Gewerkschaften wünschen, sondern paritätische Arbeitshammern bekommen. Ein früherer Entwurf der Gewerkschaften schlug vor, daß innerhalb der Arbeitshammern gewisse Ämter lediglich von der Arbeiterabteilung vorberaten werden und daß diese Ämter auch eigene Erhebungen vornehmen und selbständige Gutachten erstatten sollte. Auch der Regierungsentwurf sieht für gewisse Fälle eine besondere Beratung, Beschlußfassung und Begutachtung der beiden Gruppen, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor, verlangt aber, daß stets eine gemeinsame Beratung vorangehe, weil die Kammern einigend wirken sollen. Auf einige weitere, weniger wichtige Unterschiede der beiden Entwürfe werden wir noch zurückkommen. In zwei wesentlichen bisher streitigen Punkten hat die Regierung langjährigen Forderungen der Arbeiter stattgegeben, das ist die Wählbarkeit der Arbeitervertreter und die Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter in das neue Gesetz. Ueber diese beiden Punkte konnte lange Jahre keine Einigung erzielt werden, der Krieg hat auch da ankündend und beruhigend auf die Regierung gewirkt.

**Der Heeresetat im Hauptauschuß**

Berlin, 25. April. (Drabbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Im Hauptauschuß des Reichstages verlangte zu Beginn der heutigen Sitzung der Abg. Scheidemann (Soz.) genaue Auskunft über die Ergebnisse an der holländischen Rente, als sie am Mittwoch Kapitän Hebbinghaus gegeben hatte. Eine Antwort der Regierung erfolgte nicht.

**Beratung des Heeresetats**

In der angelegten Aussprache des Hauptauschusses des Reichstages über den Heeresetat sprach der konservative Abg. Graf, der den durch den sich drohenden Krieg mit der Ukraine entstandenen Konflikt behandelte. Aus diesem Grunde Vorwürfe wegen des militärischen Vorgehens in der Ukraine überhaupt zu erheben, war aber unangehörig. Uns komme es doch hauptsächlich darauf an, Lebensmittel aus der Ukraine herbeizubekommen, und zwar nicht nur jetzt, sondern für die Dauer. Deshalb war ein militärisches Eingreifen notwendig, um die Feldbestellung zu ermöglichen.

General von Wisberg: Die Macht der ukrainischen Regierung ist sehr gering. Wir müssen aber unsere Forderungen nach Lebensmitteln durchsetzen und können damit nicht warten. Dieses Vorgehen kann aber nur durch das Militär erfolgen.

da ein Erfolg des ukrainischen Landwirtschaftsministers bei den Bauern kein Erfolg fand, die Frühjahrbestellung also gefährdet war. Das Vorgehen des Generals von Schörn liegt daher in erster Linie im Interesse der Heimat. Auf eine Behauptung des Vorredners, die Form der Verabschiedung von Offizieren solle vielfach zu wünschen übrig, erklärt der General von Wisberg noch, daß die Verabschiedung der Offiziere mit weitestgehendem Wohlwollen erfolge, leider ließen sich Härten nicht immer vermeiden.

General von Oden führt aus, daß die Offiziere wie die Truppenteile schon Lenenungsulagen erhalten. Für die mobilen Truppenteile wird die gleiche Maßnahme geplant.

Nach General von Langemann betonte, daß eine entsprechende Ergänzung des Offiziersbesoldungsgesetzes erfolgen werde.

Oberst von Berg wies die Angriffe des Abg. Erzberger gegen das Kriegspresseamt zurück. Der größte Teil der Pressearbeit sei nicht geknackt und nicht zum geistigen Werkzeug gewisser Strömungen degradiert. Ein so enges Verhältnis zwischen Presse und Behörden, wie jetzt, habe früher nie bestanden. Mit Kriegsende werde selbstverständlich das Kriegspresseamt sowie die Zensur aufhören.

Kapitän Hebbinghaus gab eine eingehende Schilderung des Vorgehens der Engländer gegen Zeebrugge. Die Marine war auf den Seenangriff durchaus vorbereitet; der Feind habe sein Ziel nicht erreicht. Die neutrale Besatzung hätte können ruhig abgedrückt werden; denn die Art der neutrale Besatzung sei hinreichend bekannt. Gewiß war der Scheid der Engländer in diesem Falle groß; aber dreimal größer war die Tapferkeit unserer Truppen, und die Fremde daran sollen wir uns nicht verderben lassen.

Abg. Wolfheim (Fortschr. Vpt.): Hoffentlich erleichtert der ja sehr mögliche Wallsttransport die Zufuhr von Kohlen nach den Südländern. Immer noch müsse über bürokratische Maßnahmen geklagt werden. Die militärbürokratischen Maßnahmen in der Ukraine werden nicht ihren Zweck erreichen.

Abg. Haas (Fortschr. Vpt.) verlangt Auskunft über das unerhörte und unerhörte Nachwerk der von Abg. Roske beschriebenen Instruktion zum Dienstgebot.

In dieser Instruktion werde u. a. auch gegen das preußische Wahlrecht Stellung genommen.

Abg. Erzberger (Ztr.): Ich habe schon vor längerer Zeit dieses ganze Material dem Kriegsministerium zugesandt. In der Instruktion sind gemeine Lügen gegen das Zentrum enthalten.

Vorredner Abg. Hebbinghaus: Wenn die hier gemachten Mitteilungen wahr sind, so müssen wir zu ihnen besonders Stellung nehmen, und zwar in Anwesenheit des Reichskanzlers. Ich schlage dafür eine besondere Sitzung Dienstag, nachmittags 4 Uhr, vor.

Kriegsminister von Stein: Die Instruktion ist dem Kriegsministerium nicht bekannt. Ob es bis Dienstag möglich sein wird, die gewünschten Schriften zur Stelle zu schaffen, ist zweifelhaft.

Abg. Schulenburg (Nat.): Den Offizieren und Mannschaften an der Front sollte einmal die verfassungsmäßige Stellung des Reichstages klargestellt werden.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums betont, daß die Behandlung der Kriegsangelegenheiten bei uns nicht im Vergleich steht zu der Behandlung unserer Gefangenen in Feindesland.

Nächste Sitzung: Freitag.

Der Ernährungsbeirat des Reichstages wird heute eine Sitzung abhalten, um über die Frage unserer Brotversorgung zu verhandeln.

**Die Steuerdebatte im Reichstag**

(Drabbericht unserer Berliner Schriftleitung) — Berlin, 25. April.

Am Bundesratspräsidenten: Graf Roederer, Schiffer.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr. Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm des ungarischen Monarchenhauses, in dem auf die unerschütterliche Bundesstraue hingewiesen wird. Der Reichstag beschließt, in dem gleichen Sinne zu antworten.

**Die Getränkesteuer.**

Es handelt sich um das Gesetz über den Bierzoll, das Weinsteuer-gesetz, die Änderung des Schaumweinsteuer-gesetzes, die Besteuerung von Mineralwässern, die Erhöhung der Zölle auf Kaffee, Tee, Schokolade und Kakao und das Branntweinmonopol.

Schahskreier Graf Roederer: Die neuen Steuern sollen 1240 Millionen Mark mehr bringen, als die bisherigen, so daß wir in Zukunft auf diesem Gebiete 1600 Millionen Mark einnehmen werden. Welche Sie diesen Betrag aber nicht nur nach der absoluten Höhe, sondern in Beziehung zu dem ganzen Bedarf, vor dem wir voraussichtlich am Ende des Krieges stehen werden. Der bisherige Ertrag der Getränkesteuer stellt etwa ein Viertel der bisherigen Reichsteuern dar. Ich würde mich aufrichtig freuen, wenn in Zukunft die 1600 Millionen den vierten Teil der künftigen Reichsteuern darstellen würden. — Der Schahskreier hält gegenüber dem Abg. Waldstein seine Rechnung aufrecht, wonach die direkten Steuern für Reich und Bundesstaaten 9 1/2 Milliarden Mark während des Krieges ausmachen und die indirekten 4 Milliarden. Der Schahskreier erklärt gegenüber dem Abg. Keil: Ich werde ein Gesetz, mit dessen Lenkung ich nicht einverstanden bin, hier nicht vertreten. Er wendet sich dann den einzelnen Getränkesteuern zu. Die jetzige Maßsteuer hat einen erschreckend niedrigen Ertrag gebracht. Es scheint daher an der Zeit, zur Fabrikationssteuer beim Bier überzugehen. Das Branntweinmonopol, das ja den größten Teil des Ertrages der Getränkesteuer aufbringen soll, hat den Reichstag schon zweimal in anderer Form beschafftigt. Was wir jetzt vor-schlagen ist eine Verstaatlichung der Spirituszentrale. Eine angemessene Entschädigung ist die durch das Monopol betroffenen Angestellten und Arbeiter ist vorgesehen. Die Chefs der Spirituszentrale haben erklärt, daß sie keine verantwortliche Stellung in der Leitung des Monopols haben wollen und auf eine Entschädigung verzichten.

Die Weinpreise haben während des Krieges eine Steigerung erfahren, daß die Verhältnisse der weinbauenden Kreise, wie aus den Veranlagungsergebnissen der Kommunen zu ersehen ist, sich erheblich gebessert haben. Jemlich weite Kreise in Weinbau und Weinhandel sind jetzt auch prinzipiell mit dem Gedanken der Heranziehung des Weines zur Besteuerung einverstanden. Wir schlagen Ihnen eine Weinststeuer vor, die wir möglichst weit ab von Produzenten und möglichst nahe an den Verbraucher verlegen wollen. Einzelstaaten, die den Wein versteuern, müssen auf die Besteuerung verzichten und werden dafür eine Entschädigung erhalten. Durch die Besteuerung der Kellerbestände, die ja nicht unbedingt Freude hervorrufen wird, können wir in die Lage, die sehr großen Weinversteigerungen der letzten Jahre jetzt noch nachträglich zur Steuer heranzuziehen. Das ist eine Weinststeuer in Form einer indirekten Steuer, die vielleicht nicht so ganz unerheblich sein wird. Die Schaumweinsteuer ist auf einen Satz von 3 Mark einheitlich erhöht. Die bisherige Staffellage hat sich nicht bewährt. Auf dem Gebiete der Mineralwässer und der Limonaden sind den vielen schönen Namen hat eine ganz ungeheure Preistreiberei stattgefunden. Eine Steuer wird sich auf diesem Gebiete während der Uebergangzeit einschleichen lassen. Eine solche Steuer wird natürlich von den Vertretern der Branntereien als Ausgleich gefordert. Die Steuern auf Kaffee, Tee und Kakao sind Finanzzölle, die wir in dem bisherigen System auch gehabt haben und an deren Erhöhung wir am Schluß des Krieges unter allen Umständen heranzugehen müssen. Da scheint es uns praktikabler, diese Frage mit dem Komplex der übrigen Getränkesteuern zu erledigen. Damit ist denn auch für die neuen Sonderverträge eine Tatsache geschaffen, aber die man nicht hinauszogern kann. Bei der Prüfung der Sache bitte ich zu bedenken, daß es wünschenswert ist, ganze Arbeit zu machen, damit man nicht bei der Seilbahnrechnung noch einmal kommen muß und Fluchwerk gemacht hat.

Abg. Herold (Ztr.): Bei der Biersteuer ist das System vollständig geändert worden. Der Uebergang von der Material- zur Fabrikationssteuer erscheint aber zweckmäßig. Der Bierverbrauch in den einzelnen Bundesstaaten ist verschieden; durch die Besteuerung der Mineralwässer wird hier ein Ausgleich geschaffen. Gegen die Weinststeuer haben wir keine Bedenken; auch die Erhebungssart erscheint zweckmäßig. Die Schaumweinsteuer, die 20 Millionen Mark mehr bringen soll, wird leicht getragen werden.

Bei den Mineralwässern braucht keine Verleserung einzutreten; die Steuern können der Zwischenhandlung übergeben. Der Kaffeeverbrauch wird durch die Zollherabsetzung stark zurückgehen, da sich im Krieg viele an die Erbschaftsteuer gewöhnt haben. Der jetzige Branntweinmonopolgesetzentwurf ist ein Mittelweg zwischen den Entwürfen von 1888 und 1908. Durch Uebernahme der Verwaltung des Trinkbraunweins wird eine große Anzahl selbständiger Existenzen vernichtet werden. Zweifelhaft ist es, ob den verschiedenen Geschmacksrichtungen bei einem Monopol Rechnung getragen werden kann. Die Besteuerung ist im Verhältnis zu den Erzeugungskosten ganz außerordentlich. Die Preise werden so hoch bemessen sein müssen, daß ein ganz erheblicher Rückgang des Verbrauchs eintreten wird.

Abg. Müller-Reichenbach (Soz.): Beim Bier soll jetzt der Wasser-gehalt die Grundlage der Besteuerung sein. Vom Bier als dem „flüssigen Brot“ ist heute nicht mehr die Rede.

Im Frieden würde eine Biersteuer in der vorgeschlagenen Höhe zu Krawallen, in Bayern zur Revolution geführt haben. Die Getränkesteuer nehmen keine Rücksicht auf das Gastwirts-gewerbe, das jetzt schwer um seine Existenz kämpfen muß. Wir müssen im Aus-schluß dafür sorgen, daß eine andere Mischung von direkten und indirekten Steuern zulande kommt. Der fünfte Teil aller Weinzölle wird künftig in die Reichskasse fließen. Ohne Weinzölle wird es nicht abgehen, wenn der erhoffte Betrag aufkommen soll. Die Weinsteuer geht uns viel zu weit. Die Vorlagen müssen einen stark sozialen Einschlag bekommen, der jetzt in ihnen nicht zu finden ist.

Abg. Dr. Blum (Fortschr. Vpt.) hält dem Staatssekretär vor, daß die direkten Steuern nur einmal erhoben werden, die indirekten aber dauernd dem deutschen Volk auferlegt werden sollen. Die Erfahrungen mit den Kriegsgesellschaften haben

die Sympathie für Monopole erheblich abgehängt oder wenigstens dem Gedanken der Monopolwirtschaft keine weiteren Anhänger gewonnen.

Abg. Schulenburg (Nat.): Die kleinen Brennereien müssen geschützt werden, namentlich solche, die bestimmte Marken brennen. Die Weinsteuer erscheint uns für die kleinen Weine zu hoch. Die Kommission wird zu prüfen haben, ob nicht für sie eine Ermäßigung eintreten kann.

Gegen die Besteuerung der Frucht- und Beerenweine und ähnlicher weinartiger Getränke haben wir Bedenken. Die Biersteuer sind so hoch gestiegen, daß eine weitere Steigerung aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht erwünscht ist. Sie muß aber erfolgen, wenn die neue Steuer kommt. Die Steigerung ist hauptsächlich durch die Erhöhung des Wertepreises eingetreten und andere Verhältnisse, die heute geschäftlich festgelegt sind. Die Staffellage muß noch weiter nach oben durchgeführt werden.

Gegen die Steuer auf Mineralwässer und Limonaden haben wir die allerhöchsten Bedenken. Die Besteuerung der Limonade ist auch leicht zu umgehen, indem man sich aus Zitronen oder Himbeersaft das Getränk selbst bereitet. Der Schaumweinsteuer stimmen wir zu, ebenso der Zoll-erhöhung auf Kaffee, Kakao und Tee.

Abg. Roske (Nat.): Eigentlich hätte man diese Finanzreform noch weiter verschoben sollen, bis wir überlegen können, welche Kriegs-ent-schädigung wir erhalten. Beim Bier ist die Fabrikationssteuer der einzig mögliche Weg. Man wendet sich gegen den Eingriff in die Gewerbetreibend. Es gibt aber auch eine Grenze der Freiheit in der Einschränkung. Die Landwirte sind es ja gewöhnt, an allen Ecken und Enden eingegrenzt zu werden. Der Wein war bisher ein Kolonialware.

20 Prozent Steuer sind aber außerordentlich hoch. Man sollte nicht über 10 Prozent geben. Wir sind bereit höhere Steuern zu zahlen, und werden auch die Interessen der Weinger mahnen. Es sind nicht die schlechtesten Leute, die sich auch einmal am Alkohol erfreuen.

Abg. Baum (U. Soz.): Bei den vorliegenden Steuerentwürfen liegt die herrschende Klasse den bedürftigen die Lasten auf. Die indirekten Steuern verfolgen eingetandenermaßen den Zweck, der breiten Masse, den kleinen Leuten, größere Lasten auf-erlegen zu können, weil solche Steuern weniger gefühlt werden. Das wird durch eine verkehrte Politik zu einer Kartellierung gezwungen, bei der die Großen und Kleinen verständigen werden, um das Publikum zu schädigen.

Abg. Rumm (Fortschr. Vpt.): Man darf die Steuerentwürfe nicht nach ihren Erträgen beurteilen, sondern nach ihren Wirkungen auf die Volkswirtschaft. Adolph Wagners Bedenken von der Bedeutung des Monopols ist zum ersten Male vermischt.

Damit schließt die Aussprache. Hiermit ist die erste Lesung sämtlicher Steuerentwürfe beendet.

Die Umsatz-, Besitz- und Verkehrsteuern werden dem Hauptauschuß übergeben, die Getränkesteuern gehen an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern, das Branntweinmonopolgesetz an einen besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern.

Das Haus vertagt sich. Freitag 1 Uhr: Anfragen, Briefkasten. Schluß 7 Uhr.

Berlin, 25. April. (Drabbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Abg. Geiger und Roske haben folgende Anfrage eingebracht: Das Leipziger Garnisonkommando verbietet den Unteroffizieren und Mannschaften das Lesen und Auslegen der „Leipziger Volkszeitung“ in Kasernen und Massenquartieren, während es 500 Exemplare der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ auf eigene Kosten bestellt, die zum Abonnementspreis von 65 Pf. pro Monat an Interessenten abgegeben werden, während der Bezugspreis 1,45 Mk beträgt. Was gebietet der Herr Reichskanzler zu tun, um die gleichmäßige Behandlung der Tageszeitungen sicherzustellen?

**Der Reichstag schüttelt die „Deutsche Zeitung“ ab**

Berlin, 25. April. (Drabbericht.) Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kühlmann machte heute den Führern der Parteien des Reichstages vertrauliche Mitteilungen über die Zukunfts-Verhandlungen. Nachdem er geschlossen hatte, nahm Vizepräsident Dr. Paasche das Wort, um dem Staatssekretär für seine Ausführungen zu danken und im Namen der anwesenden Abgeordneten dem Bedauern und dem Unwillen darüber Ausdruck zu geben, daß von der „Deutschen Zeitung“ gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit persönlichen Verdächtigungen gekämpft werde. Er sei überzeugt, daß keiner dem widerspreche, daß dieses Vorgehen persönlichen Verhältnisse in den politischen Kampf mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse. Diese Ausführungen wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Im Anschluß daran sprach der Vizepräsident persönlich sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß auf die gleiche Weise auch eines der kenntnisreichsten und schärfsten Mitglieder des Reichstages in der geschäftlichen Form angegriffen werde. Die Zeitungen aller Richtungen hätten sich ja auch schon dagegen gemeldet, daß man in dieser Weise die persönlichen Gebiete in den politischen Kampf hineinziehe.

**Der Etat des Innern im Landtag Zweite Kammer**

(Drabbericht unserer Dresdner Schriftleitung) — Dresden, 25. April.

Am Regierungstische: Staatsminister Graf Dittmann von Lohndorf. Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Auf Antrag des Reichertskanters, des Abg. von (Konf.), werden die in den Jahren 1914/15 nötig gewordenen Ueberschreitungen 1. Kapitel 42/32 des Haushaltsplanes des Ministeriums des Innern, Kreis- und Amtshauptmannschaften usw. nachträglich genehmigt.

Es folgt die Schlussberatung über Kapitel 42/43 des Haushaltsplanes (Ministerium des Innern, Kreis- und Amtshauptmannschaften und Zweigamt Sayda sowie Landesamt für Grundbesitzvermessung).

Abg. Schreiber (Konf.) sagt seinem schriftlichen Bericht hinzu, daß man den Eindruck habe, die Regierung habe sich viel zu sehr mit Kleinigkeiten auf.

Die Deputation beantragt Genehmigung.

Abg. Dr. Philipp (Konf.) ist Kritik an den Amtshauptplänen, die oft ausjuche vom grünen Tisch regieren und keinen Widerspruch duldeten. Sie sollten sich aber als berufene Hüter der Selbstverwaltung fühlen und ein erträgliches Verhältnis mit der Bevölkerung und den ihnen zur Seite stehenden Stellen herbeiführen.

Abg. Kleinbempel (Nat.) bedauert, daß dem Deutschen Reich kein größerer Anteil an der Getreideernte in der Ukraine zukomme. Er schließt sich der Kritik des Vorredners teilweise an. Ein Teil der Schuld liegt jedoch am System.

Ferner befragt er ebenfalls die Verschärfung bei den Behörden.

Abg. Jäge (Soz.) bezeichnet die Regierung als rückständig, was sich wieder bei der Renovierungsfrage erweise. Das Volk werde eine Ermäßigung seiner Rechte nicht gefallen lassen. Er spreche dem Minister

das allerhöchste Mißtrauen seiner Partei aus. Diese werde das Ministergehalt abheben.

Abg. Brodau (Fortschr. Vpt.) glaubt, daß der Bevölkerung nicht Nahrungsmittel zugewiesen werden könnten. Er kritisiert dann die Tätigkeit des Ministeriums des Innern und dessen Vorgesetzter. Er bringt die Verfügung wegen der Nachforschung beim Erscheinen von Heiratsanzeigen Beamter zur Sprache sowie das Verhalten des Ministers gegenüber den Sozialdemokraten. Er tritt dabei für Aufhebung des Tanzverbotes ein. Endlich polemisiert er gegen die Vaterlandspartei und fordert vor allem, daß den Beamten die Werbefähigkeit für sie verboten werde.

Abg. Geiger (Unabh. Soz.) ist eine sehr abfällige Kritik an allen Tätigkeitsgebieten des Ministeriums des Innern. Als einen besonders krassen Fall der Beschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden führt er

die Leipziger Straßenbahnangelegenheit an. Die Gesellschaft habe zur Einschränkung des Verkehrs das geniale Anhilfsmittel der Tarifierhebung ergriffen und diese unter Umgehung der städtischen Verwaltung auf dem Wege über die Regierung durchgesetzt. Das Generalkommando sei der Regierung beigefallen. Auf diese Weise habe das städtische Ministerium eine Hauptstadt wie Leipzig auf deren ureigenem Gebiet in einer Angelegenheit ausgeschaltet, die einen Lebensnerv für das Wirtschaftsleben der Stadt bildet. Da jetzt alle runden, so wolle Sachsen auch seinen Anteil haben und streche seine Finger nach Litauen aus. Vizepräsident Dr. Spieth ruff der Redner zur Ordnung. Die Bevölkerung habe den lebhaftesten Wunsch, von einer solchen Regierung befreit zu werden.

Abg. Frickhoff (Soz.) stellt mit Genugtuung die Kritik des Abg. Philipp an der Regierung fest und hofft, diese werde sich weiter entwickeln. Die Ministergehälter werde keine Partei erst bewilligen, wenn die Regierung sich auf den Standpunkt der politischen Gleichberechtigung, so zunächst hinsichtlich des Wahlrechtes, stellen werde. Redner kommt dann auf

die Frage der Krankenkassen zu sprechen und befreit den Regierungschefscheiden das Recht, sich in die Festsetzungen der Gehälter der Krankenkassenbeamten einzumischen. Er wendet sich vor allen Dingen gegen die Bestrebungen der Verantwältigung der Kassenbeamten. Es könne nicht alles verstaatlicht werden; es müsse noch andere Leute geben, als Staat und Gemeinde. (Veb. Sehr richtig! im ganzen Haus.) Redner: nimmt sich ebenfalls der Petition der Sozialdemokraten an.

Abg. Dr. Roth (Fortschr. Vpt.): Der Verwaltungskörper arbeitet noch immer viel zu schwermüßig. Die Besetzung der Gemeinden muß bei den Bürgermeistern zunehmende Beforgnis erregen. Durch die knappe Zuweisung an Lebensmitteln wird das Volk zum Schließ-